

EINBLICKE

CDU-FRAKTION IM STADTRAT DRESDEN

WWW.DRESDEN-CDU.DE

WOHIN KIPPT DRESDEN TATSÄCHLICH?



„Vorwürfe und Stimmungsmache sind unbegründet“

VON JAN DONHAUSER, VORSITZENDER DER CDU-STADTRATSFRAKTION



Im Nachgang zum Haushaltsbeschluss wollte Rot Rot Grün ein 7,6 Millionen Euro schweres Sozialpaket durch den Stadtrat bringen.

Begleitet wurden die sehr weitgehenden sozial- und kulturpolitischen Forderungen von Unterstellungen, Stimmungsmache und fragwürdigen Aussagen. Die Angstmacherei und Hysterie, die Grünen, SPD und Linke gerade kampagnenmäßig betreiben, finde ich absurd.

Es ist ein Treppenwitz, dass jene, die uns noch im Dezember die politische Dummheit vorwarfen, einen rot-rot-grünen Haushalt mitzutragen, heute argumentieren, wir hätten damit einen gravieren-

den sozialen Kahlschlag zu verantworten. Denn der vom Oberbürgermeister vorgelegte Haushaltsentwurf, den wir im Dezember mit großer Mehrheit im Rat verabschiedet haben, sieht die Fortschreibung und teils sogar Steigerungen der Budgets in den Bereichen Kultur, Soziales und Jugendhilfe vor. Dies gilt umso mehr, als in diesen Fachbereichen Bürgermeisterinnen der Partei DIE LINKE den Haushalt federführend mit aufgestellt haben.

Hier von sozialem Kahlschlag oder gravierenden Einschnitten zu sprechen, ist falsch. Dieser in der Sache unbegründete Vorwurf trifft nicht uns, sondern die Verwaltung und die beiden Linken Amtsträger. Unabhängig von der rot-rot-grünen Stimmungsmache gegen uns sind wir

nach wie vor bereit, mit allen Fraktionen der Mitte Verantwortung für Dresden zu übernehmen. Das beinhaltet ein sorgfältiges Abwägen, wo wir die begrenzten Haushaltsmittel einsetzen. Deshalb haben wir gemeinsam mit der FDP-Fraktion und der Bürgerfraktion für die Bereiche Kultur und Jugendhilfe insgesamt 1,5 Millionen Euro zusätzlich bzw. durch Umschichtungen bereitgestellt.

Die CDU zählt auf die moderaten Stimmen, die bei allem berechtigten Meinungsstreit das Wesentliche nicht aus den Augen verlieren. Als gewählte Vertreter der Bürgerschaft haben wir gemeinsam dem Gemeinwohl zu dienen. Das ist heute so und wird auch in Zukunft so sein.

Jan Donhauser,
Vorsitzender der CDU-Stadtratsfraktion
donhauser@dresden-cdu.de

Neue Mehrheiten im Dresdner Stadtrat – Wohin kippt Dresden tatsächlich?

VON STADTRAT PETER KRÜGER



Während vor dem Rathaus knapp 100 meist junge Menschen unter dem Motto „Dresden kippt“ demonstrierten, förderte im Rathaus die von Rot-Rot-Grün einberufene Sondersitzung des Stadtrats am 8. Februar 2019 Erstaunliches zu Tage. Wurden aus den Reihen der GRÜNEN-Fraktion noch am Vortag CDU und FDP als „rechtsvöllisch“ verunglimpft, hatten die GRÜNEN und ihre roten Partner zur Abstimmung selbst scheinbar überhaupt kein Problem damit, auch mit der NPD zu stimmen, um eigene Ziele zu verwirklichen.

So diente im Punkt 4c des Antrags (Sozialtheater/Prohlis) und im Punkt 4 des Änderungsantrags (Gleichstellungsbeauftragte) die NPD als Mehrheitsbeschaffer. Mit den Stimmen der Rechtsextremen kam Rot-Rot-Grün auf 34 Stimmen – genug für die Mehrheit. Im Punkt 5a (Hebammen) und 5b (Nachtcafés) verbreiterte man diese Mehrheit sogar noch und fasste diese Beschlüsse mit NPD und AfD – und kam somit auf 37 Stimmen.

Erhöhung des Budgets für Gleichstellung und Beauftragte, Soziale Projekte, Jugendhilfe, Kulturförderung

Wer denkt, dass diese Mehrheiten zufällig zustande kamen, irrt. Sowohl der Redner der NPD als auch der Redner der AfD hatten ihr Abstimmungsverhalten vorher angekündigt. Wenn es Rot-Rot-Grün daher ernst gewesen wäre, nicht von deren Stimmen abhängig zu sein, hätte man noch bequem reagieren können. Tat man aber nicht, sondern nahm die Unterstützung von der rechten Seite kommentarlos entgegen.

The screenshot shows a voting system interface with a grid of colored boxes. The top row has a timer showing 00:00:05. The grid contains various colored boxes (green, red, yellow, blue) representing votes for different parties and topics. The interface is complex and difficult to read in detail.

Noch dicker kam es in der Stadtratssitzung am 14. Februar. Hier stand der rot-rot-grüne Antrag zur Entscheidung an, der WiD GmbH 12 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen, um Grundstücke für Sozialwohnungen zu erwerben. Es war von Anfang an klar, dass RRG die notwendigen Stimmen zur Mehrheit fehlen würden. Genauso früh war aber bekannt, dass die Stadträte der

NPD beabsichtigen, diesem Antrag zuzustimmen. Es liegt also auf der Hand, dass Linke, Grüne und SPD bewusst auf diese Stimmen spekuliert haben, als sie den Antrag zur Abstimmung gestellt haben.

Das Kalkül sollte sich auszahlen: Der Beschluss wurde mit 35 Ja- zu 34 Nein-Stimmen gefasst. Entscheidend – und damit das Zünglein an der Waage – waren dabei die Stimmen der beiden NDP-Stadträte. Damit wird offensichtlich, wie verlogen Rot-Rot-Grün ist – unserer Fraktion immer wieder Absprachen mit der AfD zu unterstellen, aber selbst die NPD zur Mehrheitsbeschaffung zu nutzen.

Fazit: Wenn es politisch nützlich erscheint, ist auch eine Zusammenarbeit von Linkspartei und NPD möglich. Und die GRÜNEN, die sonst liebend gern vor der Gefahr von rechts warnen und dazu regelmäßig Horrorszenarien an die Wand malen, haben bei der Wahl ihrer Mehrheitsbeschaffer im konkreten Fall kein Problem damit, auch die Unterstützung aus dieser Ecke entgegen zu nehmen. Gleichzeitig aber vor der Tür gegen die „rechtsvöllischen“ Fraktionen von CDU und FDP demonstrieren. Scheinheiliger geht es kaum!

 Peter Krüger, Stadtrat
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
krueger@dresden-cdu.de

KURZ & KNAPP

Bürgernah und Verlässlich

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion, Peter Krüger, zielt mit einer neuen Initiative auf eine Flexibilisierung des Jobtickets. Auch Mitarbeitern kleinerer Unternehmen sollen die Vorteile des besonderen DVB-Angebots offenstehen:

Es kann nicht sein, dass Mitarbeiter der zahlreichen kleineren Unternehmen, die gern die Vorteile eines Jobtickets nutzen wollen, von den etablierten Regelungen benachteiligt werden. Gegenwärtig können nur Unternehmen ab einer Mitarbeiterstärke von über 50 Personen mit der DVB entsprechende vertragliche Regelungen abschließen. Ich sehe gute Chancen, dass es uns gemeinsam mit Unternehmern, Unternehmensverbänden und der DVB gelingen kann, eine Pool-Variante zu entwickeln, die

es auch kleineren Unternehmen ermöglicht, ihren Mitarbeitern die Vorteile des Jobtickets zu öffnen. Gerade mit Blick auf die Entwicklung der Mobilität in Dresden und die Zunahme des individuellen Personenverkehrs brauchen wir tragfähige und wirkungsvolle Antworten. Das Jobticket ist ein leistungsfähiges Instrument, um Menschen zur Nutzung des ÖPNV zu bewegen. Wir setzen auf eine Stärkung des Jobtickets, damit es noch mehr Dresdnerinnen und Dresdner nutzen können.

Vernünftige Verkehrslösungen für alle

VON GUNTER THIELE
VERKEHRSPOLITISCHER SPRECHER



In der Vergangenheit kam es, maßgeblich durch die Stadtratsmehrheit von RRG befördert, wiederholt zu fatalen Fehlentscheidungen bei wichtigen Verkehrsinfrastrukturprojekten in Dresden. Das betraf insbesondere die Rückbaumaßnahmen bei ausreichenden Platzverhältnissen, wie z.B. am Zelleschen Weg oder an der Stauffenbergallee. Die CDU-Fraktion hat sich stets zu einer ausgewogenen Verkehrsplanung bekannt und die einseitige Benachteiligung einzelner Verkehrsteilnehmer, insbesondere des motorisierten Individualverkehrs, abgelehnt. Vor allem das eigenmächtige Handeln der Verwaltung im Zusammenhang mit der Umgestaltung der Albertstraße sorgte in den vergangenen Wochen für heftige Debatten. Um es vorwegzunehmen: ich habe nichts dagegen, die Albertstraße radverkehrsfreundlicher zu gestalten. Jedoch sehe ich es nicht ein, weshalb – wie von der Verwaltung geplant – ohne Not Kfz-Fahrs Spuren wegfallen sollen. Auf der Albertstraße kann stadtauswärts der Fußweg zu einem kombinierten Geh- und Radweg hergerichtet werden. Es ist ausreichend Platz da, und das Fußgängeraufkommen ist nicht sehr hoch. Stadt-



einwärts kann die Radverkehrsführung aus dem Albertplatzrondell über den Jorge-Gomondai-Platz in die Sarrasanstraße und von dort über den Carolaplatz auf den Fuß- und Radweg auf der Carolabrücke hergestellt werden. Beide Lösungen würden sich mit geringen finanziellen Mitteln umsetzen lassen. Die Einschätzung der Stadtverwaltung nach aufwendigen Planungsverfahren teilen wir ausdrücklich nicht. Gleiches gilt für den Zelleschen Weg. Hier geht es uns darum, dass die beiden Kfz-Fahrs Spuren pro Richtung erhalten bleiben sollen, daneben sollen jeweils ein Rad- und ein Fußweg entstehen. Auch dort ist genügend Platz vorhanden.

Besonders ärgerlich ist, dass zum wiederholten Male eine einseitige und verkehrspolitisch nicht gerechtfertigte Behinde-

rung des „bösen Kfz-Verkehrs“ anvisiert wird, um den „guten Radverkehr“ zu befördern. Obwohl es die genannten einfachen Alternativen geben könnte, wird zu Lasten des Kfz-Verkehrs geplant. Wir sind jedoch der Meinung, dass wir in Dresden als wachsende Stadt nach wie vor leistungsfähige Verkehrsachsen brauchen – gleichberechtigt für alle Verkehrsarten. Gerade im Umfeld der Albertstraße stehen demnächst viele große Baumaßnahmen an: Sanierung Carolabrücke, Bautzner Str., Königsbrücker Str., Stauffenbergallee. Dann auch noch die Albertstraße ohne Not einzuengen, halten wir für den komplett falschen Weg.

✉ Gunter Thiele,
Verkehrspolitischer Sprecher
thiele@dresden-cdu.de

„Erfolgstory Dresdner Skiweltcup“

VON STADTRAT STEFFEN KADEN



Bereits zum zweiten Mal war die Landeshauptstadt Gastgeber des Skiweltcups am Königsufer. Für das Stadtmarketing und den Tourismusstandort Dresden war das Ergebnis im vergangenen Jahr ein einschlagender Erfolg! Sollte die Bilanz 2019 ähnlich gut ausfallen, können wir sehr zufrieden sein. 2018 war das

Dresdner Königsufer tagelang in der internationalen Presse. Millionen Menschen haben das Sportereignis verfolgt und Dresden von seiner schönsten Seite erleben dürfen. Und auch die lokalen Anbieter – vom Einzelhändler über das Catering bis zum Pensionsbetreiber – konnten von der Ausrichtung profitieren.

Eines der wichtigsten Argumente für die finanzielle Unterstützung des Sportereignisses war für uns die starke mediale Ausstrahlung des Weltcups. 2018 wurden allein

durch die internationale Fernsehübertragung rund 50 Millionen Menschen im In- und Ausland erreicht. Das brachte der Landeshauptstadt ein Werbeäquivalent von etwa drei Millionen Euro ein – ein hypothetischer Wert, welchen die Stadt hätte aufbringen müssen, um eine dem Skiweltcup vergleichbare Reichweite im Fernsehen selbst zu generieren.

Aber auch die Auftragsvergabe zur Ausrichtung war ein regionales Ereignis. So wurden 85 Prozent aller Aufträge an ansässige

Unternehmen vergeben. Daneben hat sich der Skiweltcup auch in der Dresdner Tourismusauslastung widerspiegelt. 35 Prozent mehr ausländische Touristen wurden während der Veranstaltung verzeichnet und auch im Folgemonat war noch ein Anstieg um 17% messbar. Somit hat der Skiweltcup

schon 2018 gezeigt, dass die ganze Stadt davon profitiert.

Diese Zahlen sprechen für sich. Ich bin gespannt, welche mediale Reichweite der Weltcup in diesem Jahr erzielt hat und welche Bilanz die Veranstalter ziehen werden. Natürlich kann die Frage gestellt wer-

den, warum gerade in Dresden? Wir wollen dem Stadtmarketing Impulse verleihen und Dresden präsentieren. Nörgeln und blockieren bringen uns nicht weiter.

Steffen Kaden, Stadtrat
Wirtschaftspolitischer Sprecher
kaden@dresden-cdu.de

„Unsere Forderung: Lückenlose Aufklärung der Vorfälle“

VON CDU-SOZIALEXPERTIN
DANIELA WALTER



Im Sozialamt sollen vertrauliche Daten rechtswidrig weitergeben worden sein, um Abschiebeverfahren zu behindern. Angesichts des laufenden Ermittlungsverfahrens fordert die CDU-Fraktion umgehende und transparente Aufklärung. Die Stadtverwaltung hingegen reagierte mit persönlichen Unterstellungen. Daniela Walter nimmt hierzu ihrerseits Stellung:

Wenn die Polizei ermittelt, gibt es in der Regel einen hinreichend begründeten Anfangsverdacht. Dieser Umstand allein wirft ein fragwürdiges Licht auf die Arbeitsprozesse im Sozialamt. Der Vorwurf des Verrats von Dienstgeheimnissen insbesondere im Zusammenhang mit Abschiebeverfahren wiegt schwer. Der öffentlich gewordene Umgang mit kritischen Mitarbeitern ist zudem bezeichnend für die Führungskultur im Sozialamt, die offenbar von der Linken Sozialbürgermeisterin gedeckt wird.

Angesichts des im Raum stehenden Verdachts fordern wir von der Verwaltung eine kompromisslose, transparente und lückenlose Aufklärung der öffentlich erhobenen Vorwürfe. Sollten sich der Anfangsverdacht

bestätigen und tatsächlich Dienstgeheimnisse im Zusammenhang mit Abschiebeverfahren von Mitarbeitern des Amtes weitergegeben worden sein, erwarte ich, dass Frau Dr. Kaufmann sich ihrer politischen Gesamtverantwortung stellt und mit Blick auf ihre Amtsfunktion die zwingenden Konsequenzen zieht.

Wir fordern außerdem umgehend personelle und strukturelle Änderungen der bestehenden Verwaltungspraxis. Es muss mit sofortiger Wirkung sichergestellt werden, dass die dem Sozialamt anvertrauten Daten nicht mehr in falsche Hände geraten. Nicht nur eine Prüfung der Vorgänge, auch ein Austausch der zuständigen Mitarbeiter halte ich für unumgänglich. Angesichts der Tragweite und strafrechtlichen Relevanz der Vorwürfe betrachte ich eine einstweilige Beurlaubung der zuständigen Amtsleiterin für die Dauer des Ermittlungsverfahrens als alternativlos.

Die CDU wird sowohl mit Blick auf das laufende Personalverfahren als auch hinsichtlich des Datenlecks Akteneinsicht nehmen. Die bisherige Informationspolitik der Lin-



ken Sozialbürgermeisterin verstärken unsere Zweifel an der Bereitschaft der Verwaltung, diese skandalösen Vorwürfe sachgerecht und transparent aufzuklären. Anstatt im Rahmen einer Ausschusssitzung umfassend über die Hintergründe und konkreten Umstände zu informieren, mauert die Stadtverwaltung und meint, mit herabwürdigenden Äußerungen gegenüber Mandatsträgern das Problem kleinhalten zu können. Allein die Tatsache, dass die Stadträte nicht vorab informiert wurden, sondern wir von den Ermittlungen aus der Presse erfuhren, ist skandalös und entspricht in keiner Weise den Standards professionellen Handelns.

Daniela Walter, Stadträtin,
Sozial- und jugendpolitische Sprecherin
walter@dresden-cdu.de